



Ingbert Liebing

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ingbert Liebing, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundesnetzagentur
Herrn Präsident
Jochen Homann
Postfach 80 01
53105 Bonn

+

Bundesnetzagentur	
Präs BK3	
Tagebuch-Nr.	
Eingang:	20. JAN 2015
Präs 1 LP B	
Frist: 05.02.15	
P/001-15	

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 - 77 142
☎ (030) 227 - 76 142
✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland
Heckenweg 1
25813 Husum
☎ (04841) 90553 - 0
☎ (04841) 90553 - 29
✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord
Hamburger Str. 7
25746 Heide
☎ (0481) 34 06
☎ (0481) 53 82

Berlin, 16. Januar 2015

Breitbandausbau: Strategiewechsel Telekom

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Sitzung des Küstenkreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte ich am vergangenen Donnerstag, 15.01.2015, den von der Telekom vollzogenen Strategiewechsel beim Breitbandausbau mit Glasfaser angesprochen. Sie berichteten von vergleichbaren Fällen, für die zurzeit eine Antwort geprüft wird. Gern möchte ich deshalb auf diesem Weg meine Wortmeldung mit einem Beispiel aus meinem Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen Nord, aus der Stadt Niebüll, konkretisieren.

Zugleich verbinde ich dies mit der Bitte, die ich in der Sitzung geäußert hatte, um Prüfung, welche Möglichkeiten die Bundesnetzagentur hat, um im Rahmen der vorhandenen Regulierungsmöglichkeiten, Rosinenpickerei, die im Endeffekt zulasten des Steuerzahlers geht, und eine doppelte Infrastrukturverlegung, die ebenfalls zulasten der Steuerzahler, aber auch der Kunden, geht, zu vermeiden. Sollte der vorhandene Regulierungsrahmen dafür nicht ausreichen, bitte ich um Prüfung, welche Möglichkeiten Sie sehen, im Rahmen des europarechtlich zulässigen derartige Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Im Ergebnis geht es u. a. darum, den doppelten Infrastrukturausbau mit Glasfaser in jedes Haus zu vermeiden, wie es der Deutsche Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen (Drucksache 18/1973) beschlossen hat: „Angesichts der hohen Kosten ist es nicht sinnvoll, eine teure Glasfaserinfrastruktur doppelt aufzubauen.“

Der konkrete Fall aus Niebüll, der sich im vergangenen Jahr ereignet hat, stellte sich im Ablauf wie folgt dar:

Bereits vor mehreren Jahren ist in der ländlich strukturierten Region Nordfrieslands bei den Telekommunikationsunternehmen abgefragt worden, wer von sich aus den Breitbandausbau mit Glasfaser vorantreiben würde. Nachdem ein absolutes Desinteresse festzustellen war, hat sich rein privatwirtschaftlich eine regionale Gesellschaft, die Breitbandnetz GmbH & Co. KG mit Sitz in Breklum gegründet, die das Ziel hat, in ihrer Region, dem nördlichen Nordfriesland (Festland ohne Inseln) Glasfaser in jedes Haus zu verlegen. Die Kommunen unterstützen dieses Projekt ausdrücklich. Inzwischen konnten die ersten Gemeinden mit Glasfaser versorgt werden. Zwölf Gemeinden konnten bis Herbst vergangenen Jahres versorgt werden mit 3.000 Anschlüssen.



Ingbert Liebing

Mitglied des Deutschen Bundestages

Innerhalb der Region gibt es neben der absolut ländlich strukturierten Fläche auch einzelne zentrale Orte, wie z. B. die Stadt Niebüll mit knapp 10.000 Einwohnern. Auch dort hatte die Telekom bisher abgelehnt, Glasfaser zu verlegen.

Als die Stadt Niebüll ein Gewerbe-Neubauggebiet plante, hat die Breitbandnetz GmbH & Co. KG sofort angemeldet, dass sie Leerrohre für Glasfaser verlegen würde. Die Telekom kündigte an, mit Kupfer Telefonanschlüsse sicher zu stellen. Dies geschah ab März 2013, als die beteiligten Ver- und Entsorgungsträger im Zuge der frühzeitigen Behördenbeteiligung durch die Stadt Niebüll Kenntnis vom Projekt erhielten. Die Auslegung (Befragung Träger öffentlicher Belange) fand in der Zeit vom 23.08. bis 23.09.2013 statt, eine zweite abschließende Auslegung im Zeitraum 27.01. bis 27.02.2014.

Am 26.05.2014 wurde die Erschließung des Gewerbegebietes durch das Planungsbüro Ivers ausgeschrieben. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Planungen der Telekom für Kupfer und der Breitbandnetzgesellschaft für Glasfaser bereits vor. Am 27.07.2014 fand die Einweisungsbesprechung mit Beteiligung aller Versorger, auch der Telekom, statt. Dort erneuerte die Telekom ihre Aussage, ausschließlich mit Kupfer in das Neubauggebiet zu gehen. In dieser Phase hatte die Breitbandnetzgesellschaft ihre Aufträge für die Leerrohrverlegung für Glasfaser bereits erteilt.

Erst danach, im August 2014, kündigte die Telekom Kiel bei der Stadt Niebüll an, dass die Telekom im Baugebiet ebenfalls Glasfaser FTTH verlegen wolle und im Stadtgebiet Niebüll FTTC plane.

Die Breitbandnetzgesellschaft suchte daraufhin sofort das Gespräch mit der Telekom.

Die Telekom ist jedoch bei ihrer Entscheidung geblieben. Mir gegenüber hat die Telekom in Kiel erklärt, sie werde bei diesem Strategiewechsel bleiben. Sie moniert, ein Interessenbekundungsverfahren oder eine Ausschreibung habe es nach deren Recherchen nicht gegeben. Tatsache ist aber, dass die Telekom zuvor erklärt hatte, nicht mit Glasfaser in das Neubauggebiet gehen zu wollen. Darüber hinaus hat die Telekom mir gegenüber ausdrücklich abgelehnt, „Absprachen mit Wettbewerbern aus kartellrechtlichen Gründen“ nicht führen zu wollen.

Diese Situation ist extrem ärgerlich.

Regionale Initiativen zum Glasfaserausbau haben nur dann eine Chance, wenn innerhalb des Versorgungsgebietes unwirtschaftliche ländliche Regionen auch durch wirtschaftlich attraktivere zentrale Orte mitfinanziert werden. Nur dadurch ergibt sich insgesamt eine Wirtschaftlichkeit.



Ingbert Liebing

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Folge dieses Strategiewechsels der Telekom läuft auf zwei Faktoren hinaus:

Zum einen erfolgt jetzt ein doppelter Glasfaserausbau: durch die Breitbandnetzgesellschaft, die ihre Aufträge bereits erteilt hatte, und durch die Telekom, die nachträglich sich zum Glasfaserausbau entschieden hat.

Dies widerspricht der Zielsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Zum anderen führt dies dazu, dass in künftigen Fällen, in denen die Telekom definitiv in wirtschaftlich attraktive Einzellagen investiert, wo sie dies bisher nicht vorhatte, nunmehr die Quersubventionierung für die ländlichen Regionen fehlt. Dies beeinträchtigt die Wirtschaftlichkeit regionaler Initiativen. Dabei möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Breitbandnetzgesellschaft in Nordfriesland den Glasfaserausbau ohne jegliche öffentliche Subventionierung vornimmt. Wenn jetzt durch die Rosinenpickerei die Quersubventionierung nicht innerhalb des Projektes nicht mehr möglich ist, wächst die Wirtschaftlichkeitslücke für die ländlichen Regionen noch weiter an, der Druck auf zusätzliche öffentliche Subventionen steigt.

Dies kann nicht im öffentlichen Interesse liegen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nochmals meine Bitte erneuern, mitzuhelfen, derartige Fehlentwicklungen zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Ingbert Liebing, MdB